



CDU STADTVERBAND
BUTZBACH



UWG
Unabhängige Wählergemeinschaft Butzbach

Freie
Demokraten
Butzbach **FDP**

Die Fraktionen von CDU, UWG und FDP in der Stadtverordnetenversammlung Butzbach

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Butzbach den 11.09.2020

Dr. Matthias Görlach
Alte Hauptstr.35
35510 Butzbach

Antrag: Änderung der Satzung über die Schaffung von Stellplätzen in der Stadt Butzbach (Stellplatzsatzung) in ihrer derzeit gültigen Form

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Fraktionen von CDU, UWG und FDP stellen den folgenden Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung/Ergänzung der Stellplatzsatzung (in Ihrer derzeit gültigen Form) an folgenden Punkten:

- **§5 – Beschaffenheit**

Neu:

(4) Stellplätze für Besucher müssen vom öffentlichen Verkehrsraum aus erkennbar und zu Zeiten des Besucherverkehrs stets zugänglich sein. Sie sind besonders zu kennzeichnen und dürfen nicht anderen als Besuchern überlassen werden.

- **Anlage 1 Stellplatzfestlegung zur Stellplatzsatzung (§4 Abs.1):**

Neu:

Nr.:1 Wohngebäude: 1.1 neuer Spiegelstrich - ab 10 Wohnungen zusätzlich für Besucher/innen / Zahl der Stellplätze für Kraftfahrzeuge: 0,10 je Wohnung

- **Anlage 1 Stellplatzfestlegung zur Stellplatzsatzung (§4 Abs.1):**

Änderung:

1.Wohngebäude Nr.: 1.1 –bei Gebäuden mit mehr als 2 Wohneinheiten: Zahl der Stellplätze für Kraftfahrzeuge: von 1,25 auf 1,5 je Wohnung

Begründung: Das, gute und gewollte, Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren hat zur Folge, dass wir mit der derzeitigen Stellplatzsatzung den ruhenden Verkehr in unserer Stadt noch weiter verdichten. Bei vielen Projekten/Bebauungsplänen ist die wirkliche Nutzungsquote von PKW je Wohnung höher, als die theoretische Annahme in der Satzung. Gerade der Besucherverkehr wird beispielsweise völlig ausgeblendet.

Darüber hinaus ist die Schaffung von 1,25 Stellplätzen bei Mehrfamilienhäusern nicht mehr zeitgemäß. Unsere Nachbarkommunen haben dem bereits Rechnung getragen und die Zahl auf 1,5 oder sogar 2 je Wohnung erhöht. Auch kann nicht davon gesprochen werden, dass dies investorenunfreundlich wäre, da die Kosten an den Endverbraucher weitergegeben werden und im großen und Ganzen keine wesentliche Verteuerung der Wohnungen darstellen. Da wir eine eher ländlich geprägte Struktur in unserer Stadt haben, werden wir in den nächsten Jahren nach wie vor auf private Kraftfahrzeuge angewiesen sein. Dies soll den aktuellen Gegebenheiten Rechnung tragen und einer weiteren Verdichtung der öffentlichen Stellplätze entgegenwirken.

Weitere Begründung mündlich.

-Stefan Euler
CDU-Fraktionsvors.

-Gudrun Reineck
UWG-Fraktionsvors.

-Oliver Löhr
FDP-Fraktionsvors.